Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 30 (1951)

Heft: 3

Vereinsnachrichten: Aus der Partei : die SPS fordert die Wiedereinführung der

Preiskontrolle

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Diese Linderung der sozialen Spannungen wird hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß viele Gewerkschaften Kollektivverträge abgeschlossen haben, in denen eine gleitende Lohnskala vorgesehen ist. Die 600 000 Arbeiter, welche von den Autofabriken Ford und General Motors beschäftigt werden, haben mit Hinblick auf den steigenden Lebenskostenindex am 1. September 1950 eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Cents und am 1. Dezember 1950 eine weitere Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Cents bekommen. Die meisten Kollektivverträge legen der gleitenden Lohnskala einen «normalen» Lebenskostenindex von 174 zugrunde und sehen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1 Cent vor, sooft der Lebenskostenindex um 1,14 Punkte steigt.

Im Januar 1950 bezogen in den USA 16 Millionen Fabrikarbeiter im Durchschnitt einen Wochenlohn von 56,3 Dollar. Im Oktober 1950 belief sich dieser Durchschnitt bereits auf 62 Dollar. Auch wenn man die Teuerung und die Erhöhung der Steuern in Rechnung setzt, bleibt immer noch eine Zunahme des Reallohnes um 51 Cents pro Woche übrig.

Aus der Partei:

Die SPS fordert die Wiedereinführung der Preiskontrolle

An den Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Bern

Geehrter Herr Bundespräsident, Geehrte Herren Bundesräte!

Die Arbeiterschaft der Schweiz und mit ihr die Angestellten und alle Bezüger von festen Einkommen sind äußerst beunruhigt über die fortschreitende Teuerung, die, nach der Wiederbelebung der Konjunktur im Zusammenhang mit der Wiederaufrüstung in der ganzen Welt, auch unser Land erfaßt hat. Die Erhaltung der Kaufkraft des Frankens bildet angesichts der steigenden Preise der importierten Rohstoffe sowie der sich anbahnenden neuen übersetzten Hochkonjunktur eine ähnlich dringende Aufgabe wie im Jahre 1947.

Da vorderhand — mit Ausnahme gewisser Rohstoffe — noch kein akuter Mangel an Waren herrscht, sind es vor allem zwei Erscheinungen, die Beunruhigung hervorrufen.

Erzielung ungerechtfertigter Gewinne

In seinem Aufruf von Mitte Januar 1950 an das Schweizervolk hat der Bundesrat selber festgestellt, daß es einzelne gibt, die versuchen, die gegenwärtige Lage auszunützen, um sich Vorteile zu verschaffen, die mit dem Allgemeinwohl unvereinbar sind. Wie aus allen Teilen der Schweiz gemeldet wird, sind diese vom Bundesrat erwähnten «einzelnen» inzwischen offensichtlich so zahlreich geworden, daß im Volk eine berechtigte Empörung besteht über ungerechtfertigte Gewinne und übersetzte Margen. Das Bestreben nach Teilnahme an der außergwöhnlichen Konjunkturlage hat Firmen veranlaßt, Kalkulationen anzuwenden, die einen genügenden Willen zum Maßhalten vermissen lassen. Solche Kalkulationen sind möglich, da die Käuferschaft durch Voraussage noch stärkerer Preiserhöhungen und Warenmangel veranlaßt wird, Vorratskäufe auch zu übersetzten Preisen vorzunehmen.

Damit kommen wir zum zweiten Punkt der allgemeinen Beunruhigung, der Gefahr eines inflatorischen Preisauftriebes.

Es wird — außer auf dem Weg von Ausgleichskassen — kaum zu verhindern sein, daß Preiserhöhungen bei Importwaren ihren Rückschlag auf die Inlandpreise haben.

Der Großhandelsindex steht bereits rund 10 Prozent über dem vor Jahresfrist notierten Stand, und es ist lediglich eine Frage der Zeit, wie lange es dauert, bis diese Erhöhung im Index auf Kosten der Lebenshaltung ihren Niederschlag findet. Eine Steigerung der Preise für Textilien und andere Bedarfsgüter ist jedoch um so weniger tragbar, als die vom Bundesrat bewilligte Steigerung der Mieten um 5 und später um 10 Prozent sich in vielen Haushaltungen bereits drückend fühlbar macht und in den kommenden Monaten vermehrt fühlbar machen wird. Bereits steht bei der Arbeiterschaft die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen im Vordergrund der Diskussion. Selbstverständlich würden allgemeine Lohnerhöhungen insbesondere beim Fehlen einer aktiv eingreifenden Preiskontrolle zu Preiserhöhungen führen, so daß die für die gesamte Volkswirtschaft so schädliche Inflationsspirale in Gang gebracht würde. Es kann bereits festgestellt werden, daß mancherorts auch auf seiten der Unternehmer der Widerstand gegen Lohnerhöhungen gering ist in der Hoffnung, auf diesem Wege zu höheren Preisen und damit zu höheren Margen zu kommen.

Es scheint uns daher notwendig, daß der Bundesrat im Kampf gegen die durch ungerechtfertigte Gewinne hervorgerufene Teuerung sowie gegen die Gefahr inflationistischer Preiserhöhungen von einer Gesamtkonzeption geleitet wird, die eine Bändigung der durch die Konjunktur ausgelösten preistreibenden Kräfte ermöglicht. Die Lage ist derart, daß die gesamte Finanz-, Wirtschafts- und Konjunkturpolitik der Eidgenossenschaft wie der Kantone und Gemeinden zur Verhinderung von inflatorischen Preisauftrieben ein-

gesetzt werden muß.

Als wichtigste und vordringlichste Maßnahme zur Begegnung dieser unerfreulichen Entwicklung drängt sich eine Reaktivierung der Preiskontrolle respektive die Zurückführung der heutigen Preisüberwachung in eine wirkliche Preiskontrolle auf. Von unserer Partei wurde zu verschiedenen Malen vor einem vorzeitigen Abbau der Preiskontrolle gewarnt. Wir verweisen zum Beispiel auf die Interpellation von Herrn Nationalrat Bringolf betreffend die internationalen Abwertungsmaßnahmen. Ungeachtet dieser Warnungen wurde die Preiskontrolle so weitgehend abgebaut, daß Herr Pahud sich bereits im Jahre 1947 gezwungen sah, in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» festzustellen: «J'ai donc le devoir de conclure qu'aujourd'hui l'Etat est très insuffisamment armé pour lutter avec succès contre le danger que représente la spirale des prix et des salaires.» So können auch die heutigen Bemühungen der Preisüberwachungsstelle, durch freiwillige Vereinbarungen ungerechtfertigte Preiserhöhungen zu verhindern (wir denken zum Beispiel an die Verhandlungen mit der Papier- und Textilindustrie) angesichts der in verschiedenen Kreisen vorherrschenden Tendenz, die Konjunkturlage nach Möglichkeit für private Zwecke auszunützen, nicht genügen. Dies insbesondere darum nicht, weil im Volk nicht das erforderliche Vertrauen zu einem solchen Vorgehen besteht und darum weitere angstbedingte Vorratskäufe an der Tagesordnung bleiben, die ihrerseits preistreibend wirken.

Da, wie gesagt, noch kein akuter Mangel an den meisten Waren besteht und darum die Preiskontrolle nicht das Korrelat einer alles umfassenden Bewirtschaftung des Mangels zu sein braucht, müssen ihr heute vor allem folgende Aufgaben gestellt werden:

die Verhinderung ungerechtfertigter Gewinne, die insbesondere

durch Ausweitung der Margen

durch Einrechnung ungerechtfertigter Risikoprämien

durch Anwendung einer Kalkulationsbasis allein nach dem Wiederbeschaffungspreis entstehen.

Zur Erreichung dieses Zieles müssen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

Bei der Fabrikation: Auf allen Gebieten, auf denen Mangel an Rohstoffen herrscht (Textilien, Holz, Leder usw.). Wiedereinführung von Höchstpreisvorschriften, berechnet auf der Basis vom 1. Juli 1950. Im übrigen: unbedingte Verpflichtung, jede Preiserhöhung mindestens drei Wochen im voraus der Preiskontrolle zu melden, damit diese deren Berechtigung nachprüfen und gegebenenfalls die Bewilligung dafür versagen kann. Die Bewilligung soll versagt werden, wenn die Preiserhöhung daher rührt, daß der volle Wiederbeschaffungspreis eingerechnet wurde, obwohl noch alte, zu niedrigeren Preisen

eingekaufte Lager verwendet werden konnten. Ebenfalls soll die Bewilligung verweigert werden, wenn eine in Prozenten statt in Franken berechnete Marge einkalkuliert wird.

Im Detailhandel: Verschärfter Zwang zum Anschreiben der Preise. Vorbereitungen,

damit eine eventuell nötige Preiskontrolle auch hier durchgeführt werden kann.

Zur Bewältigung dieser Aufgabe ist es unerläßlich, der Preiskontrolle wieder vermehrt Personal zur Verfügung zu stellen. Es ist uns bewußt, daß unsere Forderung der Reaktivierung der Preiskontrolle in verschiedenen Kreisen auf Opposition stoßen wird. Wir glauben jedoch, daß diese Maßnahme im wahren Interesse auch aller ernsthaften Industrie- und Gewerbekreise liegt, da inflatorische Preiserhöhungen der ganzen Wirtschaft schaden und eine in einem späteren Zeitpunkt voraussichtlich eintretende Tendenz zu Preisherabsetzungen leichter ertragen werden kann, wenn die Preiserhöhungen nicht übertrieben waren. Schaden wird eine Verschärfung der Preiskontrolle vor allem Spekulantenkreisen, was jedoch vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus nicht zu bedauern ist.

Wir behalten uns im übrigen vor, im Sinne einer Gesamtkonzeption weitergehende Vorschläge Ihnen zu gegebener Zeit zu unterbreiten.

Wir ersuchen Sie, geehrter Herr Bundespräsident, geehrte Herren Bundesräte, die Durchführung der von uns befürworteten Maßnahmen unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Zürich, den 1. Februar 1951.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Der Präsident:

Der Sekretär:

gez.: Oprecht

gez.: Jules Humbert-Droz

Hinweise auf neue Bücher

I. M. Bochenski: Der sowjetrussische dialektische Materialismus (Diamat). 213 Seiten. Sammlung Dalp, Band 69. A. Francke, Bern 1950.

Der Autor, Professor der Philosophie an der katholischen Universität Freiburg, hat in diesem Buch, das aus Vorlesungen hervorgegangen ist, einen beachtenswerten Versuch unternommen, den dialektischen Materialismus, wie er in der Sowjetunion ausgebildet und zur herrschenden Doktrin erhoben worden, unter Benützung russischer Literatur darzustellen. Als Anhänger des Neothomismus ist Bochenski ohne Zweifel im Besitz jener formalen Schulung, die für die Beschreibung eines auf ausschließliche Wahrheit Anspruch erhebenden dogmatischen Systems erforderlich ist. Das Buch ist aus einer großen Fülle sorgfältig gesammelten (wenn auch nicht immer sehr glücklich gegliederten) Materials aufgebaut und in manchen Abschnitten erstaunlich vorurteilslos. Unzulänglich ist die Skizze der vormarxistischen russischen Revolutionstheorien, die Wiedergabe der Grundgedanken des historischen Materialismus sowie die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Dialektik überhaupt.

Ernst Jucker: Sibiriens Wälder raunen. Begegnungen in Sibiriens Urwald und Steppe. 263 Seiten. Paul Haupt, Bern 1951.

Ernst Jucker, der 16 Jahre lang als Leiter des sibirischen Volksschulwesens und Direktor des Lehrerseminars in Tomsk gearbeitet hat, erzählt frisch und fesselnd über eigene Erlebnisse in der sibirischen Wildnis und über Begegnungen mit sibirischen Menschen. Politische Probleme werden nur selten gestreift. Das Buch wirkt wie ein Reisebericht aus einer fremden, von der Zivilisation noch kaum berührten Welt. Auch als Lektüre für Jugendliche ist es geeignet.

A. E.